

Gleichgeschlechtliche Ehe in Alabama und Skandal um Brian Williams

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 09. bis zum 13. Februar 2015

(kf) Die US-Presse beschäftigte sich diese Woche vor allem mit dem Konflikt um die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen in Alabama und der Frage, wie man mit NBC Nachrichtensprecher Brian Williams nach seinen falschen Aussagen über seine Irakberichterstattung umgehen müsse.

Das Bundesbezirksgericht in Alabama hatte ein Urteil gefällt, wonach Alabamas Verbot von gleichgeschlechtlichen Ehen unzulässig ist. Trotzdem wies Roy Moore, Präsident des Obersten Gerichtshofes von Alabama, die zuständigen Beamten an keine Heiratsurkunden an homosexuelle Paare auszustellen. Dorothy Samuels von der *New York Times* bezeichnet dies als Rückschritt im Kampf für Bürgerrechte. Sie verurteilt Roy Moores Handlung, kritisiert aber weiterhin auch dessen Wahl zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, da er bereits 2003 durch Nichtbeachtung eines Gerichtsbeschlusses aufgefallen war. Das Redaktionsteam der *Washington Post* sieht die Schwulen- und Lesbenbewegung aufgrund der Tatsache, dass die Nummer derjenigen, die sich Moores Anweisungen fügen und keine Heiratsurkunden ausstellen, rapide abnimmt, vor einem historischen Sieg. Andererseits sieht es in der Ablehnung Alabamas auch ein Symbol dafür, dass noch viel Arbeit zu tun ist, bis Homosexuelle in der Gesellschaft akzeptiert werden. In der *L.A. Times* betont Jennifer Finney Boylan noch einmal, dass die Gesetze teilweise bereits toleranter als die Bevölkerung sind. Sie legt dar, dass der Kampf der LGBT-Bewegung nicht mit dem Recht zu heiraten, sondern erst mit der Anerkennung und Gleichbehandlung durch die Gesellschaft beendet ist.

Die Presse beschäftigte sich auch weiterhin mit dem Skandal um NBC-Moderator Brian Williams, der fälschlicherweise behauptet hatte, während des Irak-Krieges in einem Helikopter von einem Geschoss getroffen worden zu sein. Tatsächlich war nicht sein, sondern ein anderer Hubschrauber getroffen worden. Daraufhin wurde er am Dienstag für ein halbes Jahr suspendiert. Ruth Marcus von der *Washington Post* ist der Meinung, dass eine Suspendierung nicht ausreichend ist, und Williams seinen Beruf nicht weiter ausführen darf. Das höchste Gut eines Journalisten sei seine Glaubwürdigkeit, und gerade als

Nachrichtensprecher kann man es sich nicht erlauben mit Unwahrheiten in Verbindung gebracht zu werden. David Brooks verlangt in seinem Op-Ed in der *New York Times* hingegen Brian Williams zu vergeben. Er behauptet, dass Williams' Verstoß nicht allzu viel mit seinen beruflichen Verantwortlichkeiten zu tun habe. Er hinterfragt unseren generellen Umgang mit Fehlritten von Personen des öffentlichen Lebens und verlangt mehr Vergebung statt Verbannung.

Quellen:

www.nytimes.com.

www.washingtonpost.com

www.latimes.com